

# Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Ragazin von G. Feid (vormals G. Kuffermann). Drucknummern: 10—12 vorm. (zu fragen nach B. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:  
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 2 R., auf der 4. Seite 1 R. 50 Kop.

Nr. 78. Tiflis, den 5. Oktober 1919. 11. Jahrgang.

Jullana Közle und Söhne und Töchter Friedebert, Albert, Eugen, Otto, Emil, Oskar, Woldemar, Heinerfette und Eugenie machen hiermit die traurige Anzeige vom Tode ihres Mannes und Vaters

## Albert Közle,

welcher den 18. 9., um 4 Uhr nachm. in Tiflis nach einer Operation starb.

Friede seiner Asche!

Dieselben sprechen zugleich allen ihren Dank aus für die Beteiligung an der Beerdigung, dem Bläserchor und den Sängern.

## Dr. Romedius Wacker.

Spezialist für Ohren-, Nasen- u. Halskrankheiten.  
Empfangt von 11—12 und 4—5, im deutschen Militär-Lazarett, Uferstrasse 15, mit Ausnahme von Sonntagen.

## Den Angehörigen des Deutschen Reiches zur Kenntnisnahme!

In Anbetracht dessen, dass den Angehörigen des Deutschen Reiches von den zuständigen Behörden in Balde die Rückkehr in die Heimat gestattet werden dürfte, fordert das Persische General-Konsulat im Kaukasus, welches zugleich die Interessen der deutschen Untertanen vertritt, alle diejenigen Personen, welche hiervon Gebrauch machen wollen, auf, ihren diesbezüglichen Entschluss rechtzeitig der Kanzlei des General-Konsulats (Paskiewitsch-Strasse Nr. 14) mitteilen zu wollen, und zwar kann solches Dienstags, Donnerstags und Sonnabends zwischen 10 und 12 Uhr vormittags geschehen. Ueber die deutsche Untertanschaft sind die entsprechenden schriftlichen Belege (Dokumente) vorzustellen. Der genaue Termin der Abreise wird in Ergänzung dieses besonders bekanntgegeben werden.

## Bierbrauerei Dittrich

kauft  
**Hopfen**  
zu höchsten Preisen.

## An die Lehrerschaft.

1.) Die Mitglieder des Lehrerverbandes werden gebeten, über die veränderten Statuten des Lehrerverbandes (S. „K. P.“ Nr. 72) abzustimmen und ihre Stellungnahme unserem Delegierten Herrn Pfeffer (Tiflis) mitzuteilen. Wer bis zum 10. Oktober seine Stimme bei dem Delegierten nicht abgegeben erklärt sich mit der neuen Fassung der Statuten einverstanden.

2.) An Stelle Herrn Hoffmanns wird Herr Pfeffer (Tiflis) die Mitgliedsbeiträge für August entgegenzunehmen.

Der Vorstand.

## Die Delegierten-Versammlung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

(9. Fortsetzung.)

Zum Schluss der Vorratssitzung am 24. S. wird P. 4 der Tagesordnung betreffend die Einkommensteuer verhandelt. Der Vorsitzende des Zentral-Vorstandes G. Tröster berichtet, was von seiten jenseits geschehen, um die Einführung der in Rede stehenden Steuer in den Gemeinden, wo sie noch nicht erfolgt, ja, vielfach nicht einmal in Angriff genommen, also fast in allen (außer Helenendorf), zu verwirklichen. Er weist hierbei namentlich auch auf die Artikel in der „Kauk. Post“ hin, die das Thema der Einkommensteuer erspöndelnd behandelt. Laut Beschluss der D.V. im April seien alle Ortsgruppen verpflichtet gewesen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und Bescheid an den Z.B. gelangen zu lassen. Doch sei trotz wiederholter Mahnungen, zuguterletzt öffentlich in dem Verbandsorgan, d. h. der „Kauk. Post“, auf all die zahlreichen Schreiben und Aufmunterungen meist mit abförmlichem Schweigen geantwortet worden. Hedner betont, daß gegenüber einem solchen Verhalten der Mitglieder des Verbandes (der Ortsgruppen) zu ihren Pflichten keine Rüge scharf genug sein könnte, und bittet die Versammlung, in diesem Sinne den Beschluss der vorigen Tagung, in einer möglichst nachdrücklichen Resolution zu bestätigen bzw. zu erklären. Der Delegierte G. Reitenbach (Helenendorf) findet, daß bei dem Schelten nicht viel herauskommen könne, man müsse den Reuten Zeit gönnen, sich mit dem ihnen meist unklaren und vielen überhaupt nicht verständlichen Steuerprojekt vorerst bekannt und vertraut zu machen. Helenendorf habe 10 Jahre gebraucht, um die Einkommensteuer einzuführen; deshalb müsse man nicht gleich bei den ersten Schwierigkeiten den Mut verlieren und das Rind mit dem Bade ausschütten wollen. Scharfe Rügen in der „Kauk. Post“, befürchten wenn sie allgemein, d. h. ohne Unterschied der schuldigen und unschuldigen Gemeinden, ohne Namensnennung, lauten, seien, seiner Ansicht nach, der Sache nicht dienlich; sie kompromittierten bloß die ganze deutsche Gesellschaft und sollten besser unterbleiben; aus der D.V. sei jede Rüge berechtigt, auch bei mündlichen Auseinandersetzungen u. s. w. Im übrigen rühme Helenendorf natürlich für die Einführung der Einkommensteuer, in allen Gemeinden. Der Delegierte G. Lamvarter (Tiflis) ist im Prinzip auch dafür, bemerkt aber zugleich, daß in Tiflis, wo es keine eigentliche Steuergemeinde innerhalb der deutschen Bevölkerung (Kirchengemeinde ist keine Steuergemeinde) gebe, die Anwendung — bei Durchführung einer Einkommensteuer — derjenigen Normen, die in den ländlichen Gemeinden, die zugleich geschlossene Steuer-

gemeinden seien, durchaus anwendbar, vorläufig ganz ausgeschlossen sei, und man sich daher einverstanden mit dem Modus der Selbstbesteuerung (freien Beiträge) zurieden geben müsse, wie wenig ausreichend die Mittel auch sein mögen, die zu diesem Zweck (Unterhalt der Verbandsorganisation und all der mit ihr im Zusammenhang befindlichen Unternehmungen) aufgebracht würden. E. Tröster erklärt, in Abwesenheit des Vertreters der Ortsgruppe Baku, B. Braeter, daß er für letzteren den Ausführungen seines Vorgesetzten über die Schwierigkeiten, auf welche die Durchführung der Einkommensteuer in einer ländlichen Gruppe, wie Tiflis, naturgemäß stoße, beipflichte und sie im großen ganzen auch auf die Ortsgruppe Baku bezogen wissen möchte, im übrigen aber stimme letztere zweifelsohne auch für die Einführung der Einkommensteuer in allen Landgemeinden. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Z.B. bemerkt E. Tröster weiter, daß auch der Z.B. nicht so naiv sei, zu glauben, die Einkommensteuer könne überall im Handumdrehen eingeführt werden. Der Z.B. müsse aber darauf bestehen, daß Verpflichtungen, welche die einzelnen Ortsgruppen auf den D.V. in der Person ihrer Vertreter übernommen, wie z. B. im gegebenen Falle bezüglich der Einkommensteuer, auch erfüllt würden. Geschehe das nicht, so habe der Z.B. offenbar doch Grund genug, mit dem Verhalten der Ortsgruppen unzufrieden zu sein und es im Interesse der Sache, nicht aber um die pflichtvergessenen Gemeinden an den Pranger zu stellen, durch das Sprachrohr des Verbandes, die „Kauk. Post“, zu rügen. Der Delegierte G. Reitenbach (Helenendorf) schlägt darauf vor, die Vertreter der Ortsgruppen sofort einzeln zu befragen, weshalb letztere die Anträge des Z.B.'s unbeantwortet gelassen haben. Der Delegierte M. Jaekel (Tiflis) schließt sich diesem Vorschlag an, den er aber noch dahin erweitert, daß den Vertretern, die während der Tagung am 12.—13. August nicht zugegen waren, das Recht zugestanden werden solle, überhaupt Erklärungen in bezug auf das Verhalten ihrer Ortsgruppen zu dem Z.B., soweit es ablehnend, abzugeben, um etwaigen Mißbehagen dieser, etwaigen Anklagen gegen den Z.B., oder einzelne seiner Mitglieder, Ausdruck verleihen und dabei der Wahrheit auf den Grund kommen zu können. Der stellv. Delegierte Th. Hoffmann (Tiflis) findet, daß das von Delegierten G. Reitenbach vorgeschlagene Verbot die Versammlung zu weit ab von Erledigung der Tagesordnung führen würde. Es wäre an der Zeit, daß auch den noch nicht befragten Delegierten die Möglichkeit geboten würde, sich über die Stellungnahme ihrer Ortsgruppen zur Einführung der Einkommensteuer zu äußern. Der Vorschlag M. Jaekels sei mit Freuden zu begrüßen, aber auch er sollte nicht eben verwirklicht werden, sondern erst im weiteren Verlaufe der Tagung. Der Vorsitzende erklärt sich hiermit einverstanden, und auf seine Aufforderung erklären die Delegierten, die über die Stellungnahme ihrer Ortsgruppen zur Einkommensteuer noch unbefragt geblieben, folgendes: G. Kraemer (Katsarinensfeld) — in der Sache sei gearbeitet worden, doch habe man wegen der Schuldiscrepanzen bisher nicht weit kommen können; nun diese beseitigt, werde es gehen; eine Kommission sei eingesetzt und arbeite an dem Projekt einer für K. passenden Einkommensteuer. Albert Dngemach (Georgienfeld): Ni noch nichts geschehen, um die Einführung anzuregen, geschweige denn sie in Angriff zu nehmen. Der Vorsitzende des Z.B.'s G. Tröster ersucht den Vertreter von G., die Gemeinde zu veranlassen, der Angelegenheit näher zu treten, und über seine

Erfolge in dieser Hinsicht Mitteilung an den Z. B. gelangen zu lassen. Friedrich Obngemach (Alexejewka) hatte ein Projekt ausgearbeitet, das die Gemeinde aber verworfen hat. Dem Projekt habe die Landsteuer zu Grunde gelegen. Wünschenswert wäre es, daß jemand, der von der Sache was versteht, hinzütre und aufklärend wirkte. E. Hägele (Grünfeld): Auf der Gemeindeversammlung wurde viel geredet, aber das Ergebnis war gleich Null. Auffklärung dringend erwünscht. J. Schall (Ormaschen): Ein Projekt liegt vor, doch ist es nicht genügend ausgearbeitet. Besserung werden das Land und seine Ergebnisse. Daß jemand hinauffährt, um aufzuklären, ist unnötig. Fr. Bösch (Alexandershils): Ist nicht die Rede davon gewesen. Aufklärung erwünscht. Sal. Anselm (Jasobli) — dasselbe. A. Schlicht (Elsabettal): Die Frage ist auf etlichen Gemeindeversammlungen besprochen worden; auf der nächsten S. B. soll eine Kommission zur Ausarbeitung eines Einkommensteuer-Projekts gewählt werden. Friedr. Raunter (Alexandersdorf): Beschlossen, daß die Einkommensteuer eingeführt werden soll; aber wie sie durchgeführt werden konnte, darüber vorläufig im Unklaren. D. Pfeiffer (Georgstal) erklärt die Einführung der Einkommensteuer für unmöglich. Auf die Frage des Vorstehenden, wie die Steuern sonst in S. erhoben würden, antwortet der Vertreter: „Nach der Landgröße“. G. Weipert (Marienfeld): Eine Kommission war; leathin Besteuerung der Milch eingeführt (nur des Einkommens). Alb. Roelle (Traubenberg) — eine Kommission ist bereits gebildet; die Stimmung in der Gemeinde günstig, da höchstens 2-3 Mitbürger dagegen mündliche Auffklärung erwünscht. G. Bahl (Traubenfeld) bittet um mündliche Auffklärung. — Am 12 Uhr mittags wird die Sitzung geschlossen; Wiederbeginn: 4 Uhr nachmittags. (Fortf. folgt.)

**Zur politischen Lage.**

In Land. — In Erwartung General Harbord's, des Chefs der amerikanischen Militär-Mission, welche sich bekanntlich mit den Verhältnissen in Transkaukasien, insbesondere mit der Lage Armeniens (wovon Klärung der Frage betreffend Übernahme des Mandats seitens Amerikas) vertraut machen soll, hatte Tiflis am 2. d. Mts. Flagenschmuck angelegt, und waren abends mehrere Gebäude der städtischen Selbstverwaltung festlich beleuchtet. General Harbord war am 30. 9., aber Diarbefr kommend, in Erivan eingetroffen und hatte noch am selben Tage den Minister-Präsidenten der Republik Armenien A. J. Ghatisschoff besucht, auch es für nötig erachtet, sofort einen Bevollmächtigten in den Kreis Nachtschewan zu entsenden, um über den wahren Sachverhalt dort während der letzten Zusammenkünfte zwischen der moskauerischen Bevölkerung und armenischen Truppenteilen unverfälschte Kenntnis zu

erlangen. Es unterliegt nach obigem keinem Zweifel, daß die Ankunft Gen. Harbord's in Anbetracht der Wichtigkeit des ihm von der amer. Regierung erteilten Auftrags, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung auch für Georgien hat, das ja mit Armenien noch manche strittige Frage zu lösen und auch sonst mit dem Einfluß Amerikas, in erster Linie auf der Pariser Friedenskonferenz, zu rechnen hat. — Im Frühden General Baranoffs ist eine Verschlimmerung bemerkbar. Die Temperatur ist bis auf 40° gestiegen. Man befürchtet Blutvergiftung. Nach anderen soll es sich hier bei bloß um heftige Malaria handeln. — In Tiflis ist als Vertreter des Oberkommandierenden der Streitkräfte im Süden Rußlands Gen.-Major N. N. Korochonski eingetroffen. — Am 26. September hat eine abjarische Delegation dem englischen Gen.-Gouverneur von Batum Cook-Collis gegenüber die Ansicht vertreten, daß letzteres mit dem dazu gehörigen Gebiet der türkischen Oberhoheit unterstellt werden müsse, da folches das Verlangen des gesamten abjarischen Volkes sei. Auf die Frage, wie es denn habe geschehen können, daß seinerzeit eine andere abjarische Delegation, mit Mahmud-Bed Abschidsje an der Spitze, in Tiflis um die Vereinigung mit Georgien gearbeitet habe, antwortete die in Rede stehende Delegation, daß hier ein Mißverständnis vorliege, da die fragliche Anrechnung Georgiens im Namen Dshemal Paschas Schimschaischwili im besten Falle lediglich dem Wunsch der Bevölkerung Ober-Abjariens, nicht auch dem des übrigen Landes entprochen habe; und auch dieser Wunsch sei zweifelhaft, vielmehr sei jene Delegation nur zu Erkundigungszwecken nach Tiflis gereist, nachdem die georgische Regierung um deren Entsendung gebitten hatte. Da mache sich nun wer kann einen Vers hieraus? Welche Delegation hat schließlich den eigentlichen Willen der Bevölkerung des Batumer Gebiets zum Ausdruck gebracht? General Cook-Collis erwiderte der Delegation zum Schluß, daß er in den nächsten Tagen persönlich an Ort und Stelle Einbild in die Verhältnisse nehmen und die wahre Meinung des abjarischen Volkes zu ergründen veruchen werde.

Ausland. — Seit dem 1. Mts. sind, nach einer bolschewistischen Meldung, Repressivmaßnahmen wirtschaftl. Charakters gegen Deutschland in Anwendung, die solange andauern sollen, bis die deutschen Truppen mitamt ihrem Befehlshaber General v. d. Goltz aus Rußland entfernt sein würden. Die deutsche Regierung hat nun externem offiziell befohlen, die von den „Herbändelern“ geforderte Abkündigung des erwähnten Gebiets unverzüglich vorzunehmen. Wer sich weigert, dieser Anordnung zu entsprechen, soll seinen Gehalt mehr bekommen. — Am 28. September hat in Turjein (Litland) die Konferenz der Vertreter Lettlands, Litauens und Estlands zwecks gemeinschaftlicher Beratung über das Friedensangebot der russischen Sowjet-Regierung zu tagen begonnen. Gleichzeitig scheint in Helsinki (Finnland) eine Abmachung zwischen Vertretern

der Entente, vor allem aber Englands, und der „Regierung des nord-westl. Rußlands“ (Gen. Jüdenitsch) im Gange zu sein, laut welcher letztere, unterstützt von finnlandischer Seite, alles aufbieten „soll“, um die Verständigung zwischen den baltischen Kleinstaaten und dem bolschewistischen Rußland unmöglich zu machen. Dagegen haben die Sozialisten Estlands, Finnlands, Lettlands und Litauens auf einem Kongreß, der in Riga stattgefunden zu haben scheint, beschlossen, von ihren Regierungen die Annahme des bolschewistisch-russischen Friedensangebots zu fordern. Endlich soll in Riga auch eine Zusammenkunft von Vertretern der anti-bolschewistischen Richtung in den genannten Ländern, und dazu noch Polens und der drei-ten englischen Mission, in Anwesenheit General Jüdenitschs stattgefunden haben, zwecks Koordination (Vereinbarung) der Kriegsoptionen längs der ganzen Front vom finnischen Meerbusen bis zum Dnieper und gleichmäßiger Verteilung der Hilfe der „Verbündeten“. — Die Erfolge Rottschals und Demkins im Kampfe mit den Bolschewiki mehren sich. In der Ostfront, namentlich in West-Sibirien, werden letztere langsam aber ständig zurückgedrängt. In der Südfront bedeutet der Verlust von Burdusch (eingenommen durch General Mamantoff) ein erhebliches Minus in den Absichten der R. für die Zukunft. An der Westfront nähern sich die „Freiwilligen“ der Stadt Orel. In der Nordwest-Front greift Gen. Jüdenitsch an. — Die aderbjebanische Regierung hat sich an den Obersten Kommandanten der Friedenskonferenz für Transkaukasien Gaskell mit der Bitte gewandt, darauf sein wirken zu wollen, daß zwischen dem Daghestan und „Dobrarmien“ (Machtbereich der „Freiwilligen-Armer“) zwecks Verhinderung weiteren Blutvergießens (insoweit dies dort ausgebrochenen Auffläups) eine „Demarkationslinie“ (Abgrenzung) geschaffen werde. („Obnowlenije“). — Einer späteren Mitteilung der halbamtlichen baltischen Zeitung „Aderbjeban“ zufolge, hat mittlerweile der britische Hauptkonsul in Transkaukasien Lt. Waddey bereits Schritte zur Klärung der Situation (Lage) im nördlichen Kaukasus unternommen, in der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, die Einstellung der Hofflosigkeiten und die Errichtung einer „neutralen Zone“ zwischen „Dobrarmien“ und dem Daghestan zu veranlassen. Die Kämpfe um Grozny herum sind noch inenschieden. Petroff ist nach wie vor von den „Freiwilligen“ besetzt (Kavallerie-Division des sogenannten „Generals“ Schure). — Die Ministerkrise in Aderbjeban dauert an. Die rechten Parteien hatten sich bereits „abklariert“ (sammengeschlossen), und war das neue Kabinett, zu dem gehören sollten: Wsabbedow, Chan-Choisik, Kasijew, Chasnameadow, Meschmandaroff, Melik-Islanoff und Kasajew, schon so gut wie gebildet. Der Bloß ist aber in letzter Stunde, es als an das Vertreten der Ministerportefeuilles ging, zerfallen, und mit ihm zugleich diese Kombination zu Wasser geworden. Wahrscheinlich wird es Wsabbedow nicht gelingen, ein neues Kabi-

**Für Herz und Gemüt.**

**G l ü c k .**

Der eine sucht das Glück im Sternenschein,  
Dort meint er's im Kometen zu ergründen;  
Der andre schiff durch weitenfernte Meere  
Und wähet im fremden Wasser es zu finden.  
Der sucht es gar in Bacchus' nasser Gabe,  
Und jener singt von Amors heißen Weilen;  
Dem kröhst es weg ein grauer Unglücksstarbe,  
Und jener sah's in raschen Flug entleeren.

Es sind der Sucher nach dem Glück so viele,  
Und jeder klagt uns immer gleiche Klage:  
Daß ihm — wenn auch gekrebt nach seinem Ziele —  
So dennoch Unglück stets am Herzen nage.

Wer in der Arbeit folgt des Glückes Spuren  
Und Arbeit kräftet um der Arbeit willen,  
Der wandelt hier auf sonnigenolden Pfaden,  
Dem blüht das wahre Glück für sich, im Stillen.  
R. E.

**Menschlich.**

Kling—Klang, Kling—Klang, Kling—Klang, Klang!  
Ist es bang her durch die Luft:  
Schmerzerfüllter Reihengedang —  
Tränen und Seufzer an jeder Brust!  
In das Nichts der Nacht gestunken  
Ist geteilet in der Erd'

Nun der Reiz ist ausgekauten,  
hat der Klang auch aufgehört.  
— (Nach einigen Minuten.) —

Kling—Klang, Kling—Klang, Kling—Klang, Klang!  
Ist es frohlich durch die Luft:  
hin zum Trauental führt sie ihr Gang —  
Zancken und Freude schwellt ihre Brust.  
Widerprechend eilt's Leben:  
heute rot und morgen tot!  
Nie wirst du, Natur, es ehnen —  
Das ist ewigleibigebot.

Katharinenfeld, im Sept. 1919.  
E. R i m m e r l e .

**B a s a f e t .**

Erlebtes, von „Eli“ (Batu).  
Als der Krieg mit der Türkei ausbrach, stand meine Druschina in Alexandrowol. Einige Tage nach der Kriegserklärung kam Befehl, unverzüglich nach Basafet vorzurücken. Es war dies im Oktober 1914. Zu einem kriegerischen Tun fehlte aber der Druschin noch sehr viel, und so waren wir sicher, in Basafet längere Zeit bleiben zu dürfen. Alles freute sich auf diese Abwesenheit.  
Von Basafet wußte ich nur so viel, was in der Schule die Geographie lehrte, d. h. so gut, wie nichts. Meine reiche Abantarie kam mir aber zu Hilfe, und so stellte ich mir Basafet vor als eine wohlgeingerichtete Stadt, lieblich im Gebirge gelegen, mit schönen Häusern im orient-

alischen Stil, mit hübsigen Gärten, Springbrunnen, geheimnisvollen Harems, in denen herrliche Odaliken nur so danach schmachten, aus den Krallen des alten türkischen Bätericks befreit zu werden, u. i. w. Na, die Enttäuschung sollte darum unso gründlicher ausfallen.

Der Weg nach Basafet führt von der Eisenbahnstation Elschimabün über das Armenierdorf Agbir und den Tschingiltschab. Letztere bildete die Grenze zwischen Rußland und der Türkei. Vom Tschingiltschab hatte niemand eine rechte Vorstellung, am allerwenigsten unser alter, etwas schwächlicher Oberst. Wegen der Schwereigkeiten beim Fuß-Übergang machte ich mir aber keine Sorgen. War ich zwar nicht der Benjamin unter meinen Kameraden, so sagte ich mir doch: was andere können, wird für mich (wie Vater, G. P. in Helenendorf auch wohl sagen würde) „ah, wie g'lagt, a Bagatell“ sein. Die Intendantur schien aber sehr wohl die Schwereigkeiten zu kennen, denn in Agbir erwartete uns eine große Kamel-Karamane. Alle Lasten wurden auf diese geladen, das Fuhrwerk ging leer mit.

Während es in der Niederung warm und trocken war, wurde es, je höher wir zum Fuß anstiegen, immer kälter. Schließlich kamen wir in dicke Wolken; es regnete und schneelte. Ganz oben lag ziemlich tiefer Schnee. Der Weg war hundsmisserabel. Bald fühlte er an schwindelerregenden Abgründen vorbei, bald einen steilen Bergabhang entlang, dabei niemals in gleichmäßiger Steigung, sondern stets bergauf — bergab, und ununterbrochen mit großen Steinen besal. Ein Kamel rutschte aus und blieb,

nett zu bilden, und dürfte er, wie die (bakter) „Iskra“ meint, von der Erledigung dieses Auftrages ganz abzusehen gezwungen sein. — Am 28. September ist Oberst Kalkyn, der Vertreter des Oberkommandierenden der Streitkräfte im Eiden Anstalts, nach Baku zurückgekehrt. — Der Polizeiinspektor hat die Besichtigung (150 000 Rbl. in 500 Rbl.-Kreditscheinen jartisch) eines der höchsten Stellen Verwaltungsbeamten der Republik Aserbeidjan (inzwischen bereits entlassen) ausgeübt, worauf die „Entlassung des bekannten Oberst Moskorenko“ erfolgt sei, wie die „Dnolenije“ (Tiflis) mitzuteilen weiß, wobei sie ergänzend bemerkt: „An dieser Sache sollen noch mehrere Privatpersonen und Verwaltungsbeamte beteiligt sein, die verhaftet werden dürften. Die Untersuchung wird von dem Polizeiinspektor selbst geführt.“ — Die Sitzung der aserbeidjanischen Staatsbank ist vom Parlament am 18. September befristet worden und hat die Bank ihre Tätigkeit am 30. September eröffnet. — Die Landfrage ist auf Betreiben der sozialistischen Partei auf die Tagesordnung des (aserbeidjanischen) Parlaments, und zwar an erster Stelle, gesetzt worden. Die Verhandlung sollte am 2. d. Mts. beginnen („Iskra“): — „Dnolenije“ (vormals „Gruzia“) teilt in ihrer Donnerstag-Nummer, vom 2. 10., im lokalen Teil mit, daß „die deutschen Kolonisten des Elisabethpolder Gouvernements“ beschlossen haben, nach Amerika überzusiedeln, weil „die häufigen Überfälle auf ihre Siedlungen seitens tatarischer Banden, Morde, Verwundungen und dergleichen Verbrechen mehr die Kolonisten vollständig ruiniert haben.“ Aus dem genannten Blatt ist diese Mitteilung dann auch in die übrigen tatarischen Tageszeitungen („Dorja“ u. a.) übernommen worden. Uns ist von einer derartigen Entscheidung der aserbeidjaner Kolonisten (Gelenenow, Amensel, Georgjew etc.) nichts bekannt, wenigstens nicht in Abrede zu nehmen ist, daß angesichts der erwähnten Mißstände der Gedanke der Auswanderung in den Kreisen der Kolonisten wohl aufgefunden ist und auch privatim erörtert wird, ohne jedoch, soweit uns bekannt ist, bisher Gegenstand allgemeiner Besprechung, oder gar Beschlußfassung, geworden zu sein. — Eine amerikanische Mission, mit General Hill an der Spitze, ist in Baku eingetroffen, welche die Aufgabe hat, Transkaukasien in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu erforschen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen in einem ausführlichen Bericht einer besonderen Kommission in Paris unterbreitet werden.

**Zur Arbeit der deutschen Nationalversammlung.**

Nach der kurzen Pause, innerhalb deren der sogenannte „Friede“ unterschrieben worden ist, hatte die Nationalversammlung (in Weimar) am 1. Juli ihre Arbeit wieder aufgenommen. Das „Damburger Fremdenblatt“ schrieb

sich mehrmals überschlagend, unten liegen. Unmöglich hätten unsere beladenen Fuhrer diesen Weg machen können. Später erst haben die Russen hier eine reguläre Straße angelegt, Brücken gebaut und für Instandhaltung des Weges gesorgt.

Ich war in der Avantgarde. Wir erreichten schließlich den höchsten Übergang und, nach dem Passieren der Grenze, kurz vor Eintritt der Dämmerung das turkische Dorf Kara-Bulak, das jenseits des Gebirges tief unten liegt. 24 Stunden später trafen das Fußwörter und der Rest der Drusina ein. Die Bewohner des Dorfes waren gestrichelt, das große Dorf — unbeschildigt. Nachher kamen einige Kurdenweiber mit Kindern und hatten um einen Passierschein nach einem anderen Dorfe. Der Oberst gab ihnen diesen auch. Die Weiber, obwohl grunghässig und allsch, hatten sich die Gesichter mit Ruß geschminkt gehabt, um möglichst reizlos zu erscheinen. Doch hat dies, wie ich später zufällig erfuhr, ihnen nicht genügt, selbst die Kinder sind zu Dyrern grober Sinnlichkeit geworden. Als ich im nächsten Jahr diesen Weg wieder machte, waren vom Dorfe nur noch die Wände der Hütten zu sehen. Denn weit und breit ist dort weder Baum noch Strauch zu finden. Die Borräte des Dorfes an Risfat (getrockneter Mist) waren von durchziehenden Truppen halb aufgebraucht worden, und so wurden eben Türen und Balken der Hütten allmählich verfeuert. Dieses Schicksal teilten übrigens fast alle Dörfer in dem von den Russen besetzten Gebiete. Die zuerst auslangenden Truppen schöpften die Sahn: ab, d. h. sie ver-

damals: „Wenn auch niemand heute zu sagen vermag, ob und wieweit das Werk des Wiederaufbaues gelingen wird, so darf doch mit dem Verusche nicht gezögert werden, unverzüglich an die Arbeit zu gehen und wenigstens die dringlichsten Vorbereitungen für die Weiterentwicklung unseres Volkslebens zu schaffen.“ Entsprechend dieser Auffassung von den Pflichten der Nationalversammlung, hatte der Altsekretär derselben noch am nämlichen Tage das Arbeitsprogramm in allgemeinen Umrißen aufgestellt und dabei beschlossen, daß zuerst die Verfassung unter Dach gebracht werden sollte. Die zweite Lesung dieser begann am 2. Juli, wobei der Demokrat Konrad Kaufmann als Vorsitzender des Verfassungsausschusses an erster Stelle einen Überblick über die 4-monatigen Ausschussberatungen gab, und wurde dank Beschränkung der Redezeit für die Berichtskriter der einzelnen Abschnitte der Vorlage auf 25 Minuten, für die übrigen Redner auf 15-Minuten noch in derselben Woche beendet. In der darauffolgenden Woche wurden dann die wichtigsten (10) Steuervorlagen in Angriff genommen, wobei die erste Lesung dieser, wie auch in Aussicht genommen war, in ein paar Tagen erledigt war. Mitte Juli wurde die Verfassung in dritter Lesung endgültig verabschiedet, und zwar unter Veranlassung einer nachmaligen ausgiebigen allgemeinen Erörterung (Generaldiskussion). Von den Steuervorlagen wurden dann noch im Juli die Kriegsgewinnsteuer und die Kriegszugabe für 1919 in allen drei Lesungen verabschiedet, und sind sie sofort in Wirksamkeit getreten. Das oben zitierte Blatt bemerkt fernerzeit zu der Verabschiedung dieser beiden Vorlagen: „Daß dadurch der Entente willkommene Unterlagen für ihre maßlosen Forderungen gegeben werden, müssen wir ja in Kauf nehmen, weil wir andernfalls überhaupt auf jede geordnete Finanzwirtschaft oder selbst auf den Versuch zu ihr verzichten müßten.“ Dieser Arbeitsstoff hat die Nationalversammlung bis in den August beschäftigt. Ende August sind dann die Steuerauschnitte in Berlin zusammengetreten, um die übrigen Steuervorlagen für die zweite Beratung im Plenum der Nationalversammlung vorzubereiten. Der Wiederzusammentritt der Nationalversammlung ist am 30. September erfolgt, nicht aber (so scheint es wenigstens — nach den unvollkommenen Mitteilungen der Georg. Tel.-Agentur) in Berlin, wie beabsichtigt war, sondern abermals in Weimar. Mit dem Ende des Jahres dürfte die Nationalversammlung, die seit Annahme der Verfassung zugleich als erster republikanischer Reichstag fungiert, ihre Tätigkeit beschließen. Die Neuwahlen für den Reichstag werden voraussichtlich im Januar 1920 stattfinden.

Um unseren Lesern die Möglichkeit zu bieten, in die Arbeit der Nationalversammlung näheren Einblick zu gewinnen, werden wir fortlaufend Auszüge aus den Sitzungsprotokollen derselben veröffentlichen, wie wir sie in dem „Damburger Fremdenblatt“ finden, und hieran noch gele-

seuerten die leicht brennbaren Fensterrahmen, Türen etc., die anderen mühten mit den Balken vorliehenen.

Kara-Bulak liegt bereits in der Bajajeter Ebene. Der weitere Weg führte uns über das armenische Dorf Arfox. Nahe diesem Dorfe ist eine sehr ergiebige Karjan-Quelle. In Türkisch-Armenien gibt es überhaupt eine Menge solcher und anderer (schwefel- und eisenhaltiger) Quellen. Nach einem mühsamen Marsche über die Bajajeter Ebene, auf glitschrigem lehmartigen Boden, kamen wir endlich auf festereu Boden. Der Nebel zerteilte sich, und wir erblühten vor uns auf einem mächtigen Felsblock einen Festungsbau; es war dies die Ruine der uralten Feste Sangelur, ehemals ein Stützpunkt gegen räuberische Kurden-Überfälle. Ich war schon völlig erschöpft, durchnäß, hung- rig. Die Füße hatten sich wund gerieben und schmerzten bei jedem Schritt. Bajajet mit allen seinen Dorems ver- suchend, hatte ich nur noch den einen Wunsch, trocken ir- gendwo liegen und etwas essen zu können. Bis Bajajet waren es aber noch 3 Meile! Wir gingen weiter, fortwährend fersaugh, in tiefem Rehm, und das gab mir den Rest. Dann zeigten sich im Nebel die ersten Hütten Bajajets und endlich nahm uns eine enge, ungepflasterte, schmutzige Gasse. — die Hauptstraße auf.

In den Hütten überall Kosaken und deren Pferde. Die türkischen Läden — alle ausgekauft. In einem elenden, auch ausgekauften Schneiderladen fand ich einen leidlichen Unterschlupf. Da, wie gesagt, alle Quartiere bereits von Kosaken besetzt waren, so mußte jeder von uns in erster Linie für sich selbst sorgen.

gentliche Betrachtungen des nämlichen Blattes zu den Verhandlungen der Nationalversammlung — gleichfalls in Auszüge — angeschlossen.

I.

Auf der Tagesordnung der (43.) Sitzung der Nationalversammlung vom 1. Juli (Beginn 3 Uhr nachmittags) standen zunächst verschiedene Anfragen (z. B. über die Verwendung von Reichsgeldern für Parteizwecke; über die Verwendung von Zwangsübungsplätzen, mit den auf ihnen befindlichen Baracken, für Berntolonien u. dgl. m.; über die Notlage der Unfallinvaliden und Altersrentner; über die Unterhütung der Frauen und Kinder der Kriegsgesangenen; über die in Aussicht gestellte reichsgesetzliche Regelung der Haftpflicht für Aufrufschreiber, etc.); ihnen folgte der Bericht des Reichshäufsausschusses über die Verordnung zur Beschäftigung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, die der Abgeordnete Alletotter (Zentrum) zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet hatte.

Das „Siedlungsgesetz“ bestimmt in seinem § 1, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunternemungen zur Schaffung neuer Siedlungen und zur Zubehörenden Kleinbetriebe zu bilden. Präsident Feherbach stellt fest, daß, nachdem die Kommission die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet habe, eine Beratung in drei Lesungen erforderlich sei. Von den Ausführungen der einzelnen Abgeordneten seien hier folgende (verkürzt) wiedergegeben:

Abg. Blum (Z.): Statt von einer Landflucht, wie sie seit den sechziger Jahren sich entwickelt hatte, kann man heute beinahe von einer Stadtlucht sprechen, und das ist im Interesse der Gesundheit unseres Volkes sehr erfreulich. Die Frage, ob der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb vorzuziehen sei, ist dahin zu beantworten, daß volkswirtschaftlich eine gesunde Mischung beider das Richtige und Zweckmäßige ist. Für die Siedlungstätigkeit würde zunächst die Schaffung von Bauerngütern mittlerer Größe am besten sein. Erfreulich ist, daß die meisten Bewerber um Land aus Kreisen der Kleinrentner, der Handwerker, der Kleinrentnerbetriebe und der Berufsverspätigten stammen. Die Siedlungstätigkeit wird vor allen Dingen, auch die Aufgabe haben, die Landarbeiterfrage lösen zu helfen. Mehr als je gebrauchen wir auf dem Lande einen Stamm interessierter und leitungsfähiger Arbeiter. Die Tatsache, daß das Bauerneinstweilen und wohl auch noch für längere Zeit teuer ist, braucht kein Grund zu sein, mit der Siedlungstätigkeit noch länger zu warten. Die Erbschaften haben sich trotz mancher Mängel im allgemeinen bewahrt und stellen sich so billig, daß die Heute der kleinen Siedlungen geübet ist. Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat müssen zur Förderung des Siedlungswesens zusammenwirken, aber unter bürokratischer Verwaltung darf das Siedlungswesen nicht erstarren.

Abg. Schmidt-Dalle (Dem.): In den Bezirken

Wie ich nun so in meinem Unglück dasteh, geht gerade Kollege Jaturoff vorbei, ein Armenier, und ruft mir zu, ich sollte doch mit ihm gehen, er habe sich erkundigt, und könnten wir eines heimlichen Stammesgenossen Gastfreundschaft für einige Tage in Anspruch nehmen, bis er und ich ein passendes Quartier gefunden haben würden. Mit Freuden willigte ich ein. Der Betreffende — Akov Aga Astanians — empfing uns mit unterwürziger Höflichkeit. Ein Diener zog uns die Stiefel aus, und dann wurden wir in ein Zimmer geführt, das mit Teppichen und Kissen belegt war. Dem Blechessen entsprach eine angenehme Wärme. Mit Behagen streckte ich mich nieder. Mein Gepäck war noch nicht zur Stelle. Astanians brachte mir fettsche Soden, ich verband meine wundgeriebenen Füße, man reichte uns Tee. Bald brachte man auf einem riesigen Kupfereller große Stüde — Hammelfleisch, Reis, Ziegenkäse, Lammfleisch — oh Himmel! — 1 Maßche griechischen Rognats! Na, das tat der Gemeinde aber wohl! Vorher wünschten wir uns alle sauber die Hände, kuckten dann nach orientalischer Art auf Kissen nieder, und langten mit bloßen Händen nach dem gemeinsamen Teller, ohne Gabel, ohne Löffel. Nach all der Mühe und Plage gefiel mir diese Situation ganz ungenie und söhnte mich teilweise mit den schmählichen Enttätigungen aus, die Bajajet, dieses schmutzige elende Dorf, mir gleich beim Einzug bereitet hatte. (Schluß folgt.)

des Großgrundbesitzes hat die größte Abwanderung stattgefunden, weil die Leute dort keine Existenzbedingungen fanden. Es müssen in der Landwirtschaft weniger Großbetriebe und mehr Kleinbetriebe geschaffen werden. Für einen etwaigen künftigen Krieg müssen wir uns große Reserven an Viehbeständen anlegen. Wenn wir die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht wieder auf das Land hinausbringen, müssen sie auswandern. Unser einziges Aktivum ist unsere Arbeitskraft und das, was in unserem Boden steckt. Zunächst müssen die ganz großen Besitzungen aufgeteilt werden und danach erst die mittleren. Wir brauchen eine gesunde Mischung von großen und kleinen Betrieben. Zu den Stellen, die über die Entzweiung zur Landbesiedlung zu entscheiden haben, wünschen wir die Einziehung praktischer Landwirte. Die Bodenpreise sind jetzt allerdings sehr hoch, aber man darf auch nicht zu ängstlich sein. Die Kreditfrage wird gelöst werden können, wenn die Siedlungsgesellschaften als Garantien auftreten. Nicht bloß im Reich, sondern in jedem Einzelstaat und in jeder Provinz muß ein Kontrollausfluß für die Durchführung des Siedlungsgesetzes eingestuft werden. Zu befechtigen sind die einzelstaatlichen Bestimmungen, wonach die Genehmigung des Einzelstaates erforderlich ist, wenn ein anderer Einzelstaat in dessen Gebiet siedeln will. Hamburg ist z. B. stets von der preussischen Regierung abhängig, wenn es auf preussischem Gebiet eine Siedlung anlegen will.

Abg. Voßke (Sozial.): Wir begrüßen dieses Gesetz, weil es endlich ein Versprechen erfüllt, das den Kriegsteilnehmern gegeben worden ist. Als besonderen Vorteil dieses Gesetzes und eine wesentliche Verbesserung seiner alten Fassung betrachten wir die Tatsache, daß das Gesetz ausdrücklich die Vergeltung kleiner Stellen vorzieht und nicht so auf neue Siedlungen drängt. Gerade in den Kreisen der Kleinbauern besteht gegenwärtig ein starkes Bedürfnis nach Entwicklung ihrer Wirtschaft. Als Vorteil betrachten wir es auch, daß Kleinbauern, mittlere Bauern und Lehrer bei der Ausführung des Gesetzes mitwirken.

Dr. Roßfeld (Deutsch-Nationale Volkspartei). Wir haben uns für das Siedlungsweien immer lebhaft interessiert. Von den beträchtlichen Erfolgen geht uns im Osten leider so gut wie alles verloren. Man steht damit gerade vor dem Zusammenbruch alles durch die deutsche Siedlung Erreichten. Um so notwendiger ist die Verneuerung des Siedlungslandes, denn jetzt muß Deutschland wieder mehr Agrarstaat werden. Durch das Gesetz erfüllen wir die Forderungen des Mannes, den wir während des Krieges am meisten verehrt haben, Marschall Hindenburg. Die Siedlung soll zurückerlangen was manchen. Zurückerhalten ist die Grundlage für die Wiederherstellung Deutschlands. Bei der Gründung von Siedlungen ist darauf zu achten, daß die Rentabilität gesichert bleibt, sonst bringen sie keinen Vorteil, sondern Gedröß. Besonders schwierige Verhältnisse schaffen in dieser Hinsicht die hohen Bautkosten. Wenn wir ein starkes, selbständiges Deutschland haben wollen, ist die erste Bedingung die Hebung der Landwirtschaft. Die ganze Kraft des Volkes sollte rücksichtslos für das Siedlungsweien eingesetzt werden. (Beifall rechts.) Unabweisbar freilich ist, das ganze Deutschland, vom Bodensee bis zum Meer, bloß auf die Landwirtschaft zu stellen. Notwendig ist auch, daß die Ansiedler für ihren neuen Beruf eingelernt werden.

Regierungskommissar für das Wohnungsweien, Scheidt: Für die Bauwirtschaft fehlt eigentlich alles. Ziegel können nicht hergestellt werden, weil Kohlen fehlen. Die Verhandlungen in der Reichswohnungskommission hätten stets das Ergebnis, daß diese die Erklärung abgab, daß sie ein Mehr von Kohlen für die Bauwirtschaft nicht zur Verfügung stellen könne. Von 18 000 Ziegeln in Deutschland haben zeitweise über 17 000 stillgelegen, gegenwärtig liegen noch 16 000 still. Die größte Schwierigkeit liegt vielleicht in der Verteilung der Kohlen, und das Reich hat fünf Millionen für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Auf die Frage, ob diese Mittel ausreichen werden, kann ich nur sagen, sie werden es bestimmt nicht tun! (Hört, hört.)

Abg. Dufche (D. N.): Ich halte es für das richtige, möglichst viele neue Siedlungen zu schaffen. Dabei sollte man möglichst auch die Kriegsteilnehmern und ihren Familien Berücksichtigung, die aus den uns jetzt verlassenen

henden Gebieten in das verkleinerte Deutschland zurückwandern. Ganz besonders wichtig erscheinen mir die Bestimmungen für die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter. Aber damit allein wird die Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht gelöst. Wenn man die in der Großstadt vielfach auftretende Arbeitslosigkeit, um nicht zu sagen Arbeitslosigkeit, beseitigen und wenn man die städtischen Arbeiter auf das Land bekommen will, dann wird man sich vor allem entschließen müssen, die Arbeitslosenunterstützungen sehr erheblich herabzusetzen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Baur (Unabhängig. Sozial): Das Gesetz erweckt trügerische Hoffnungen, deshalb ist meine Fraktion dagegen. An die Stelle des Privatbetriebes muß die Gemeinwirtschaft treten.

Regierungskommissar Dr. Sehring: Von den jetzigen Besitzern wird großes soziales Empfinden verlangt, weil sie für Siedlungszwecke Boden hergeben sollen zu dem gemeinen Wert, ohne Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Krieges. Das Volk kann sich über ein solches Gesetz freuen.

Abg. Dr. Heim (Z.): Sozialisierung würde die Produktion erschweren. Wir müssen es darauf einstellen, daß wir wieder mehr Agrarland werden.

Das Gesetz wird darauf mit einigen Änderungen angenommen. Die dritte Lesung wird ausgesetzt, da sich über einen Paragraphen aus juristischen Gründen keine Einigung erzielen läßt.

Schluß 7 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch (2. 7.), 2 Uhr.

### Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung.

Zu den neuesten Versuchen einer gesellschaftlichen deutschen Auswanderung.

Von M. Grisebach, Mitzenhausen, Farmer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Anwerber und Auswanderer.

#### I. Das gegenwärtige Auswanderungsproblem.

Nichts charakterisiert den ganzen wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch unseres deutschen Volkes und Vaterlandes so sehr, wie das einseitige Auswanderungsstieben und die zahlreichen Versuche, eine gesellschaftliche Auswanderung in überseeische Länder zu leiten, wodurch diese Fieber nur gesteigert wird. Die Größe derartigen Unternehmungen und der feste Glaube ihres Anfangs, daß man von ihnen allein sich Heil für die Zukunft versprechen darf, läßt erkennen, wie verbreitet schon die Not, wie viele schon der Verzweiflung nahe und wie groß die politische Verdrängerung und Europafatigheit ist. Daß der Auswanderungsstieben draußen voranschreitet, ist ein noch viel größere Not wartet bei der planmäßigen Beschaffung aller Deutschen durch die Entente, das bedenken die wenigsten.

Das sich aber heute so zahlreiche Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung bilden, zeigt andererseits, daß wir doch etwas aus der Geschichte deutscher Auswanderung gelernt haben, daß wir nicht gewillt sind, unsere augenblickliche Notlage wieder, wie in früheren Jahrhunderten so oft schon, einfach durch die feindlichen Mächte wenn auch nur in dem Sinne auszuflachten zu lassen, daß unsere Auswanderungslustigen auf ihren Ruf und Hint warten, um sich dann als Hülferdänger wie Sklavensoldaten in Gegenden führen zu lassen, die ihnen gnädig angewiesen werden, um dort dann dienstbare Knechte zu sein.

Daß zur Anschaffung in diesem Sinne wieder die in der Geschichte deutscher Auswanderung, schon rühmlich bekannten Gebiete von Ostasien, Ostindien, der Fial und dem ganzen westlichen Asien dienen müssen, werden wir leider nicht hindern können; sie sind von den Feinden besetzt, und der von den Franzosen bereits eingerichtete Schiffsfahrtsdienst von Strassburg nach Rotterdam wird voraussichtlich nicht nur Kali und Kohlen und Eisen, sondern vor allem auch „lebendige deutsche Ware“ auszuführen haben.

Was die große Zahl der Auswanderungslustigen aus dem übrigen deutschen Reichsgebiet angeht, so sorgt schon der geradezu schändliche Vernichtungskrieg, welchen die En-

tege gegen alles Deutsche in überseeischen Ländern immer noch führt, von selbst dafür, daß die Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung sich nur solche Länder als Auswanderungsziel auswählen werden, in denen ein Entgegenkommen der Staatsregierungen zu erwarten ist und gesichert erscheint. Aber auch hier ist die größte Vorsicht geboten. Die Macht der Entente reicht weiter als gewisse Staatsregierungen selbst zugeben werden, und die besonders in Südamerika zusammengewürfelte Bevölkerung ist, soweit sie nicht aus deutschstämmigen Nationen stammt, durch die feindliche Presse fünf Jahre hindurch planmäßig gegen alles Deutsche aufgereizt und kann nicht von heute auf morgen sich plötzlich deutschfreundlich zeigen. Verspricht auch die Regierung größtes Entgegenkommen, die Bevölkerung ihres Landes hat sie, und in Südamerika am allerwenigsten, niemals so fest in der Hand, daß sie für ihre Deutschfreundlichkeit oder auch nur für ihre wirtschaftliche Neutralität einsehen könnte. Die früheren Friedensverträge deutscher Siedler in Südamerika zeigen auch zur Genüge, ein wie weiter Weg zwischen Versprechungen überseeischer Regierungen und ihrer Erfüllung liegt. Ein wie großes Verständnis man zurzeit auch für die überseeische Auswanderungslust von Millionen Deutschen haben muß, so kann doch die Auffassung nicht scharf genug bekräftigt werden, als ob drüben in Mittel- und Südamerika der Deutschen ein Paradies warte, in das sie sich nur zurückziehen brauchten, um in Ruhe und Frieden von ihrer harten Arbeit über ihren Jähren leben zu können. Diese Hoffnung, klingt heute aus zahlreichen Anfragen, welche bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Anwerber und Auswanderer und bei der Deutschen Kolonialschule in Wittenhausen einlaufen. Demgegenüber muß scharf betont werden, daß ihrer aller ein unangenehm hartes Leben und manche schwere Enttäuschung zunächst auch drüben warte; die Zahl derer wird klein bleiben, welche sich durch die schwierigen Anfangsjahre glücklich werden hindurch setzen können. Wirtschaftliche Notlage ist aber im fernem überseeischen Lande stets weit schwerer zu ertragen als in der Heimat, weil die Unkenntnis der Landesverhältnisse, das veränderte Klima, das Fehlen irgendwelcher sozialer Fürsorge, die Unfreundlichkeit oder gar der Haß der umgebenden Bevölkerung und dergleichen mehr den einzelnen Hilflos machen als er in der Heimat werden kann, wo dem wirtlich Arbeitwilligen sich doch schließlich immer eine Arbeit bietet, wo er vor allem als Deutscher leben kann und seinen Kindern stets deutscher Unterricht und der Glaube seiner Väter weit eher gesichert ist, als in irgend einem fernem überseeischen Lande.

Doch die Vereinigungen gesellschaftlicher Auswanderung werden ja selbst an Ort und Stelle die Verhältnisse durch vorausgeschickte Rundschreiben und Vertrauensleute eingehend prüfen, ehe sie die Verantwortung für die Hin- ausbeförderung hundertert talfränkiger deutscher Familien übernehmen. Sie werden es in dem Bewußtsein tun müssen, daß es sich bei ihrer Schicksalsbestimmung um die wertvollsten Elemente unseres Vaterlandes handelt. Denn Tausende, Unternehmungsgeist, Arbeitsfreudigkeit und Barmut haben noch von jeher deutsche Auswanderer vor den Zurückbleibenden ausgezeichnet. Möchte die Prüfung der jetzigen Verhältnisse Gründlichkeit, Weitblick und vor allem auch ein recht hartes geschäftliches Verständnis zeigen. Eigenschaften, welche die Entwürfe einiger der Auswanderungs- und Siedlungsunternahmen leider noch nicht genügend sicher erkennen lassen. Möchten alle Unternehmungen aber vornehmlich mit allen denen, die sie hinausführen wollen, ihren vaterländischen Sinn sich bewahren, der trotz des gegenwärtigen traurigen Erlebens dennoch in jedem deutschen Herzen lebt.

### Aus dem deutschen Leben.

Zieler.

Ein für diese Nummer vorbereiteter Bericht über die allgemeine Versammlung der Zieler Ortsgruppe am vorigen Sonnabend (27. 9.) und die Theateraufführung im Volkshaus Subaloff am vorigen Montag (29. 9.) hat aus technischen Gründen bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden müssen, was zu entschuldigen bitte!

Die Schriftleitung.

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der Z. B. des Verbandes der transtaunischen Deutschen.